Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 130. **Sonnabend** den 10. Mai 1890. **84. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 11. Mai,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das **städtische Freibad am Kupfwehr** wird am 15. d. M. eröffnet. Die Beaufsichtigung desselben ist auch in diesem Jahre Herrn Fischermeister Karl Wilhelm Meißner hier übertragen worden.

Für die Benutzung des Freibades gelten die unter ⊙ nachstehenden Vorschriften.

Leipzig, am 1. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

I.V. 1889. Dr. Georgi. Krumbiegel.

⊙

1) Die Anstalt kann in der Zeit von Morgens 5 bis Nachmittags 1½ Uhr und von Nachmittags 3½ Uhr bis zum Dunkelwerden unentgeltlich benutzt werden.

2) Die tägliche Schlußzeit wird durch zwei Zeichen mit der Glocke angegeben.

3) Nach dem ersten Zeichen wird Niemand mehr eingelassen, nach dem zweiten haben die Badenden sich sofort aus den Bassins und sodann mit möglichster Beschleunigung aus der Anstalt zu entfernen.

4) Erwachsene werden in das Bad nur gelassen, wenn sie mit Badehosen versehen sind.

5) Die Perrons, Brücken, Aus- und Ankleidestellen, Bassins und sonstigen Räumlichkeiten der Anstalten dürfen in keiner Weise verunreinigt werden.

6) Niemand darf den Anderen bespritzen, untertauchen oder sonst belästigen.

7) Alles unanständige Schreien, Lärmen und Herumlaufen in der Anstalt ist untersagt.

8) Abwaschungen mit Seife dürfen nur an dem dazu bestimmten Orte vorgenommen werden.

9) Das Ein- und Aussteigen darf nur auf den Treppen geschehen.

10) Die jedesmalige Benutzung der Anstalt ist auf die Dauer einer Stunde beschränkt.

11) Das Mitbringen von Hunden in die Anstalt ist verboten.

12) Das Betreten der Rasenböschungen, das Ueberspringen der Barrièren und das Baden in den Zu- und Abflußgräben ist nicht gestattet.

13) Jeder Besucher der Anstalt hat dem Aufseher auf dessen Verlangen seinen Namen und Stand, sowie seine Wohnung zu nennen.

14) Den Anordnungen des Aufsehers ist unweigerlich Folge zu leisten.

15) Widersetzlichkeiten gegen denselben oder Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe oder Haft, oder auch mit dem Verbote fernerer Benutzung der Anstalt geahndet.

Holzverkauf.

In der Nähe **des neuen Schützenhauses bei Leipzig** können vom Burgauer Forstrevier noch circa

60 meist starke Ellern-Langhaufen

aus freier Hand abgegeben werden.

Käufer wollen sich an die Forstverwaltung zu Forsthaus Burgau bei Leutzsch wenden.

Leipzig, am 5. Mai 1890.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Dienstag, den 13. Mai a. c.,
Vormittags von 9 Uhr an,

eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe u. s. w. meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 7. Mai 1890.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungbähnel.

Oeffentliche Buchhändler-Lehranstalt.

Die **Aufnahmeprüfung** findet **Montag, den 12. Mai,** früh 7 Uhr in der Schule — alte Thomasschule am Thomaskirchhof — statt. Der Unterricht beginnt **Dienstag, den 13. Mai,** früh 6 Uhr.

Dr. Smith, Director.

Die orientalische Frage.

Die orientalische Frage ruht gegenwärtig. Wenn nicht in Serbien eine Regentschaft für den minderjährigen König Alexander die Regierung führte und wenn nicht dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien die Anerkennung der Mächte fehlte, dann könnte man zu dem Glauben geführt werden, daß diese Frage in der Hauptsache gelöst sei. Jedenfalls haben die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel an Festigkeit gewonnen, und es würde für Rußland sehr schwer sein, auf die Zeit zurückzugreifen, als es sich noch für befugt erachtete, einen Commissar nach Bulgarien zu senden, damit er dieses Land zur russischen Provinz mache. Die russische Regierung hat sich an den Gedanken gewöhnen müssen, die Balkanstaaten sich selbst zu überlassen und auf die Erweiterung seines Machtgebietes nach Südwesten hin vorläufig Verzicht zu leisten.

Seit dem Scheiden des Fürsten Alexander von Bulgarien aus seiner zweiten Heimath ist auf der Balkanhalbinsel eine so durchgreifende Veränderung eingetreten, wie sie noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten wurde, und diese Veränderung ist lediglich durch den Dreibund herbeigeführt worden. Rußland hatte geglaubt, daß ihm die Vollendung des mit dem Berliner Frieden begonnenen Eroberungswerkes sehr leicht gelingen werde, es bedürfe dazu keines neuen Krieges, sondern Rußland brauche nur muthig zuzufassen, um sich den Besitz der Balkanhalbinsel zu sichern. Die Verhältnisse haben sich aber ganz anders gestaltet, Rußland sah sich genöthigt, eine ränkevolle Politik auf der Halbinsel zu begünstigen, welche der Entwickelung dauerhafter Zustände schwere Hindernisse bereitete, ohne doch den eigentlichen Zweck dieser Politik zu errathen. Jahre lang war durch die Schuld russischer Agitatoren in den Balkanstaaten Serbien, Bulgarien und Rumänien Alles in Frage gestellt, die Regierung des Königs Karol von Rumänien war durch Aufhetzung der Bauern und durch die mit Rußland im Einverständniß handelnde Bojarenpartei so erschüttert, daß man sich bereits mit dem Gedanken der Abdankung des Königs vertraut gemacht hatte. In diesem Falle war aber nicht die Thronbesteigung des vom König bestimmten Nachfolgers zu erwarten, sondern eine Wendung, aus welcher Rußland voraussichtlich für seine Zukunftspläne Nutzen gezogen hätte. Diese Wendung ist glücklicherweise nicht eingetreten, und es scheint, daß König Karol die Zügel der Regierung jetzt wieder fest in Händen hält. Die moralische Unterstützung Oesterreich-Ungarns während der Krisis hat ihre Dienste gethan, und Ruhe und Ordnung haben sich in Rumänien wieder befestigt.

Aehnlich ist der Verlauf der Entwickelung in Serbien gewesen. Die Regentschaft, deren Mitglieder in Wien nur geringes Vertrauen genossen, hat unzweifelhaft für Rußland größere Sympathien gehegt, als für Oesterreich-Ungarn, und die Befürchtung, daß die Rückkehr der Königin Natalie nach Belgrad dort Verwirrung erregen könne, war gewiß nicht ungegründet, aber Oesterreich verfolgte den Lauf der Dinge in Serbien mit gespannter Aufmerksamkeit und ließ keinen Zweifel darüber, daß es eine Erhebung zu Gunsten Rußlands nicht als theilnahmloser Zuschauer hinnehmen würde. Die Regentschaft sah schließlich ein, daß sie besser thue, den Einmarsch österreichischer Truppen nicht zu riskiren, und demgemäß blieb der Aufenthalt der Königin Natalie in Belgrad ohne die befürchteten Folgen. Seitdem ist in Serbien nichts geschehen, was zu schlimmen Bedenken Anlaß geben könnte, und selbst die gewohnheitsmäßigen Reibereien mit Bulgarien entbehren des gefährlichen Charakters, sie sind als die Nachwehen des unglücklichen Krieges zu betrachten, welchen Serbien im Jahre 1885 gegen Bulgarien geführt hat. Die damals gemachten Erfahrungen waren aber für Serbien so eindrucksvoll, daß es keine Lust verspürt, das Kriegsglück noch einmal auf die Probe zu stellen.

In Bulgarien wird sich binnen Kurzem wieder eines jener Gerichtsdramen abspielen, welche leider zu den bulgarischen Eigenthümlichkeiten gehören. Eine Verschwörung gegen das Leben des Fürsten Ferdinand bildet den Thatbestand, und man erwartet wohl nicht mit Unrecht bei dieser Gelegenheit Enthüllungen, welche wieder auf den russischen Ursprung der Verschwörung hinweisen. Es ist gewiß sehr zu beklagen, wenn eine Macht von der Bedeutung Rußlands zu so kleinlichen Mitteln greift, um die Hand im Spiele zu behalten, aber andererseits würden die Bemühungen russischer Sendlinge vergeblich sein, wenn sich nicht unter den bulgarischen Officieren Elemente befänden, welche der Treue für den Fürsten und der Vaterlandsliebe entbehren. Dieser Mangel ist es auch, den Rußland immer für seine Meinung geltend macht, daß in Bulgarien regelmäßige Zustände nicht einkehren wollen und können. Das sehr nahe liegende Mittel, die bulgarischen Zustände auf eine feste Grundlage zu stellen, die Anerkennung des Fürsten Ferdinand verwirft Rußland jedoch, weil es ein Interesse daran hat, daß Bulgarien nicht zur Ruhe kommt. Vorläufig kommen die Bulgaren auch mit einem nicht anerkannten Fürsten aus, aber eines Tages wird sich doch die Nothwendigkeit ergeben, den Schlußstein in das bulgarische Staatsgebäude einzufügen, und dann mögen sich daraus immerhin ernste Folgen ergeben. Die Form, in welcher das geschieht, ist die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, und nach dem traditionellen Lauf der Dinge auf der Balkanhalbinsel wird die Türkei dagegen schwerlich etwas Ernstliches unternehmen. Um so ernster wird Rußland diesen Act auffassen, und es wird dann der ganzen Geschicklichkeit der Vertreter des Dreibundes bedürfen, um den Frieden aufrecht zu erhalten.

Da es an Zündstoff auf der Balkanhalbinsel auch in den ruhigsten Zeiten nicht fehlt, so legt man den letzten Zuckungen des Aufstandes auf Kreta nicht große Wichtigkeit bei. Die Bemühungen Griechenlands, den Aufstand zu verewigen, reichen nicht aus und Schakir Pascha hat bei Bewältigung der ihm gewordenen Aufgabe der Beruhigung Kretas große Geschicklichkeit bewiesen. Die Bewegung verläuft allmälig im Sande und das Ansehen der Türkei geht aus derselben gestärkt hervor. Die Politik der Erhaltung des Bestehenden und der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten, welche die Türkei consequent und unter kluger Benutzung der Verhältnisse seit dem Berliner Frieden befolgt, hat nicht wenig dazu beigetragen, die selbstständige Entwickelung der Balkanstaaten zu fördern und die Ruhe auf der Balkanhalbinsel zu bewahren. Die bulgarische Angelegenheit ist keine türkische, trotz des Vasallenverhältnisses, in welchem Bulgarien zur Türkei steht, sondern eine europäische, wegen der Rechte, welche sich die Unterzeichner des Berliner Friedens in Bulgarien vorbehalten haben. Bulgarien hängt nur dem Namen nach von der Türkei ab, das einzige sichtbare Zeichen der Abhängigkeit ist der Tribut, welchen Bulgarien zu zahlen verpflichtet ist und der fällt nicht ins Gewicht.

Rußland liegt nach wie vor auf der Lauer, um jede seinen Absichten günstige Veränderung der Lage sofort zu benutzen. Wenn auch solche Gelegenheiten, wie sie der Krieg des Jahres 1870 darbot, selten sind, so bringt es doch der Weltlauf mit sich, daß auch auf der Balkanhalbinsel einmal ein Zeitpunct eintreten wird, welcher Rußland für die Erreichung seiner Absichten geeignet erscheint. Je länger dieser Zeitpunct hinausgeschoben wird, um so besser ist es für den Weltfrieden. Vorläufig hat Rußland im eigenen Lande so viel zu thun, daß ihm die Lust zu auswärtigen Abenteuern schwerlich kommen wird. Die Türkei erfreut sich unter Abdul Hamid einer staatlichen Gesundheit, welche ihr früher fehlte, der Sultan hat das richtige Verständniß für seine Aufgabe und dadurch erleichtert er dem Dreibund die Erfüllung der seinigen.

Leipzig, 10. Mai.

* Wie verlautet, wird der Kronprinz Victor Emanuel von Italien am 7. oder 8. Juni zum Besuch am Berliner Hofe erwartet. Was die Königin Margarethe von Italien betrifft, so ist deren ursprünglich wohl für Mai beabsichtigter Besuch in Berlin auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Grund des Aufschubs liegt in dem Wunsche der erlauchten Frau, sich zur Zeit nicht von ihrem königlichen Gemahl trennen zu müssen, der sich noch immer nicht in den Verlust, den er durch den Tod seines einzigen Bruders Amadeo, Herzogs von Aosta, im Anfang dieses Jahres zu erleiden gehabt hat, zu finden vermag. Der Kronprinz wird, von Petersburg kommend, sich nur einige Tage aufhalten und sich dann über München nach seiner Heimath zurückbegeben.

* Auf Beschluß der Versammlung des Vereins für deutsche Volkswirthschaft wurde dem Fürsten Bismarck eine Adresse in kalligraphischer Ausführung und kornblumenfarbigem Ledereinbande übersandt, welche den nachstehenden Wortlaut hat:

„Ew. Durchlaucht gestattet sich der Verein für deutsche Volkswirthschaft ehrerbietigst zu begrüßen und der dankerfüllten Gesinnungen zu versichern, welche mit uns alle wahrhaft deutschen Männer beseelen. Wir verehren in Ew. Durchlaucht vor Allem den von glühender Vaterlandsliebe bewegten Staatsmann, dessen weisen Maßnahmen es gelungen ist, das Deutsche Reich mit friedlichen Mitteln dauerhaft zu befestigen und segensreich zu entwickeln. Mit sicherem und aussichtsvollem Blick in die Zukunft haben Ew. Durchlaucht, nachdem Hochdieselben Preußen an die Spitze des Deutschen Reiches gestellt, mit dem uns historisch und national nahestehenden österreichischen Kaiserstaate, sowie mit dem Königreiche Italien ein Bündniß abgeschlossen, dessen Grundlagen als mächtige Schutzwehr gegen Deutschlands gewaltige Feinde sich bewährt haben. Das politische Friedenswerk begleitete die feste wirthschaftliche Einigung des Reiches, die Einführung der nationalen und praktischen Wirthschaftspolitik, welche unter gerechter Berücksichtigung der deutschen Landwirthschaft den deutschen Handel, die deutsche Arbeit und Industrie stark und concurrenzfähig gemacht hat, zugleich aber dem deutschen Namen nach jeder Richtung in fernen Ländern Achtung und Ansehen verschaffte.

Demnächst wurde gemäß dem erhabenen Willen Sr. Majestät Kaiser Wilhelm's I. von Ew. Durchlaucht der Grund zur gedeihlichen Entwickelung der socialpolitischen Gesetzgebung gelegt.

Der Verein für deutsche Volkswirthschaft kann sich aus tiefstem Herzen nur dem Wunsche anschließen, welchen Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. in dem Allerhöchsten Schreiben vom 20. März d. J. Ausdruck verliehen haben, daß Hochdieser für das Vaterland so theures Leben uns noch lange Jahre mit Gottes Schutze in Kraft und Gesundheit erhalten bleiben möge."

(Es folgen die Namen der sämmtlichen Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses.)

Auf diese Adresse ist dem Vorstande des Vereins für deutsche Volkswirthschaft, z. H. des Vorsitzenden Regierungsraths a. D. R. Schück, aus Friedrichsruh die folgende Antwort zu Theil geworden:

„Für die mir anläßlich meiner Entlassung aus dem Dienste übersandte wohlwollende Kundgebung bitte ich Sie den Ausdruck meines verbindlichen Dankes freundlich entgegenzunehmen.

v. Bismarck."

* Wir lesen in der „Post":

In weitesten Kreisen ist es mit begreiflicher Verwunderung bemerkt worden, und diese Verwunderung ist auch in der Presse vielfach zum Ausdruck gelangt, daß bei dem Rücktritt des Fürsten von Bismarck keine Kundgebung in den Häusern der Landesvertretung der Dankbarkeit gegen den großen Staatsmann Ausdruck gegeben und damit dieser Abschnitt in unserer Geschichte auch in den Protokollen beider Häuser angemessen bezeichnet worden ist. Das Herrenhaus hat für sein Theil diese Ehrenschuld gegenüber dem Fürsten von Bismarck, seinem Mitgliede, nachträglich bei der Generaldebatte über das Budget als bei der ersten passenden Gelegenheit eingelöst. Die Worte, die der Generalberichterstatter Herr von Puttkamer dem großen Kanzler widmete, fanden allseitig den wärmsten und freudigsten Beifall. — Der Anregung, im Herrenhause den Fürsten im Bilde zu besitzen, ist, wie wir hören, schnell Folge geleistet worden. Es ist im Plane, den Fürsten durch Aufstellung seiner Marmorbüste im Hause zu ehren und so das Andenken seiner Zugehörigkeit zu demselben für alle Zeiten durch ein sichtbares Zeichen zu erhalten. Wir glauben, daß dieses Vorgehen im Herrenhause überall — außer bei den unversöhnlichen Gegnern des Fürsten — Genugthuung hervorrufen wird.

* Das Richter'sche Reptil, die von ihm „begründete" „Freisinnige Zeitung", enthält folgende Leistung: „Wir wollen unsererseits nicht verschweigen, daß nach der Aeußerung sachverständiger Aerzte das ganze Bild des Fürsten Bismarck durchaus nicht dem Morphinismus, wohl aber dem Alkoholismus entspricht."

* Der „Preußische Staats- (Deutsche Reichs-)Anzeiger" enthält, wie bereits kurz erwähnt, folgende officielle Mittheilung:

Der erste archäologische Feriencursus für Lehrer der alten Sprachen und der Geschichte an höheren Schulen, welcher auf Veranlassung der Unterrichtsverwaltung unter Mitwirkung der General-Direction der königlichen Museen und hervorragender Docenten für die sieben östlichen Provinzen in den Tagen vom 8. bis 12. April hier abgehalten worden ist, hat nach dem Urtheil aller Betheiligten ein erfreuliches Ergebniß gehabt. Die durch die Schliemann'schen Funde vermittelte Einführung in die griechische Vorzeit, die Erläuterungen der olympischen und pergamenischen Altarbauten und der Denkmäler aus der Blüthezeit der attischen Kunst, die Erklärungen der attischen Grabdenkmäler und der antiken Vasen, ferner der Vortrag über das alte Rom im Anschluß an die Besichtigung des Panoramas in der Herwarthstraße und schließlich die Erläuterung des Monumentum Ancyranum — alles dies hat die Theilnehmer augenscheinlich in hohem Maße gefesselt und ist als eine Quelle der Anregung und fruchtbaren Belehrung sehr dankbar begrüßt worden. Diesem ersten wohlgelungenen Versuch wird sich in den Pfingstferien ein ähnlicher Cursus für die fünf westlichen Provinzen in Bonn bezw. Trier, wiederum unter Leitung bewährter Fachmänner und im Anschluß an vorhandene Sammlungen oder an die Besichtigung sonstiger noch erhaltener römischer Alterthümer, anschließen. Die Unterrichtsverwaltung dürfte an der Hand der gemachten Erfahrungen demnächst zu erwägen haben, wie solchen Cursen dauernd eine feste Gestalt zu geben sein möchte und ob es sich nicht empfiehlt, ähnliche Einrichtungen für alle diejenigen Lehrgegenstände höherer Schulen zu treffen, welche mehr oder weniger eine lebendige Anschauung voraussetzen, insbesondere für Physik und Chemie, beschreibende Naturwissenschaften und Erdkunde.

* Der Magistrat von Spandau hat seine wiederholt eingebrachte Petition um Erlaß eines Reichsgesetzes über die Heranziehung des Reichsfiscus zu den Gemeindelasten neuerdings dem Reichstage übersandt. Im Spandauer Gemeindebezirke liegen sieben militairtechnische Institute, dazu kommen Arbeiter-Wohnhäuser, Baracken und ähnliche Einrichtungen. Für Straßenbau, Beleuchtung, Unterricht der Kinder u. s. w. wird die Gemeinde erheblich in Anspruch genommen. Das preußische Abgeordnetenhaus hat es am 5. Mai 1884 als billig anerkannt, daß die Stadt Spandau vom Reiche eine Beihülfe zu den Communallasten erhalte. Der Regierungspräsident von Potsdam hat unter dem 20. December 1884 erklärt, „daß die Gewährung einer Beihülfe seitens des Reichsfiscus als nothwendig und auch als begründet anzuerkennen sei, und daß die Bemessung dieser Beihülfe nur in der Weise angemessen erscheine, daß das Reich nach denselben Grundsätzen, welche für die Heranziehung des preußischen Staatsfiscus zu den Gemeindelasten in Geltung sind, zu dem nach der dortigen Gemeindeverfassung zur Hebung gelangenden Gemeindeabgaben vollständig eingeschätzt werde." In Folge dessen suchte die Stadt Feststellung darüber nach, daß die militairtechnischen Institute gewerbliche Unternehmungen des Fiscus seien, was das Kriegsministerium indessen bestritt. Da jedes Mittel, die als nothwendig anerkannte Beihülfe zu erlangen, erfolglos geblieben ist, so wendet sich die Stadt nunmehr abermals an den Reichstag, der seine Unterstützung einer durchaus gerechtfertigten Forderung wohl nicht vorenthalten wird.

* Es ist bereits berichtet worden, daß die Abhaltung des sogen. deutschen Katholikentages in München unmöglich geworden. Nach der „Aachener Zeitung" hat das bayerische Ministerium „die klerikalen Führer ersucht, von dem Katholikentage in München abzusehen. Das Ministerium berief sich dabei auf den Wunsch des Prinzregenten." Für die Beurtheilung des „Katholikentages" seitens der Spitzen desjenigen deutschen Staates, welcher relativ die stärkste katholische Bevölkerung hat, ist dies bezeichnend.

* Der Schriftführer des 36. Bezirks (Unterelsaß) des Deutschen Kriegerbundes, Rechnungsrath Muths, hat einen Bericht über den unterelsässischen Kriegerbund herausgegeben, der sehr erfreuliche Fortschritte dieser militairischen Vereinigung im Reichslande nachweist. Die Stärke der Kriegervereine in Elsaß-Lothringen stellt sich nach dem Stande vom 1. Januar auf 87 Vereine mit 11 844 Köpfen, gegen das Vorjahr mehr 15 Vereine mit 2272 Mitgliedern. Bezüglich des Verhältnisses zwischen Altdeutschen und Eingeborenen ergiebt sich, daß in 31 Vereinen die Eingebornen (Altelsässer) bereits die Mehrzahl bilden, ja daß 3 Vereine ausschließlich aus solchen bestehen. Diese Thatsache ist hocherfreulich und gewährt die sichere Aussicht, daß das Kriegervereinswesen in Elsaß-Lothringen festen Boden gewonnen hat.

* Nach einer Berliner Meldung der „Politischen Correspondenz" scheint es sich zu bestätigen, daß eine mildere Praxis in der Handhabung des Paßzwangs im Reichslande platzgreifen soll, indem man, so lange als es die Umstände gestatten und der Besuch der Reichslande von französischer Seite nicht zu politischen Agitationen benutzt wird, alle Rücksichten wallen lassen will, die geeignet sind, den Verkehr zu erleichtern.

* * *

* Eine für die Verwaltungsgrundsätze, die unter der ministeriellen Amtsführung des neuen ungarischen Cabinetsleiters maßgebend sein werden, höchst charakteristische Kundgebung ist den Pester Blättern vom letzten Sonntag in Gestalt eines Communiqués zugegangen, welches den Bewerbern um Concessionirung neuer Apotheken zu verstehen giebt, sie möchten sich von nun an keiner Protection mehr bedienen, da das Ministerium des Innern auf keine wie immer geartete Fürsprache Rücksicht nehmen, vielmehr sich nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen werde. Wie die einschlägigen Zustände sich nach und nach entwickelt hatten, besitzt diese Verfügung recht eigentlich den Charakter eines Actes der Nothwehr gegen das Treiben der Protectoren (wofür sich dieselben oftmals auch bezahlen ließen) bei Concessionsertheilungen für neue Apotheken, sofern die Bewerber von der Annahme auszugehen, daß ohne Protection auf einen Erfolg ihrer bezüglichen Gesuche eben nicht zu rechnen sei. Diesem bedenklichen und für den guten Ruf der ungarischen Verwaltung nichts weniger als schmeichelhaften Irrthum geht nun das eingangs erwähnte Communiqué unbarmherzig zu Leibe. Graf Szapary belehrt die Interessenten im Besonderen und das Publicum im Allgemeinen kurz und bündig dahin, daß bei Ertheilung von Concessionen gedachter Art nur die Acten bezw. die in denselben zur Sache nöthigen und behördlich beglaubigten Angaben maßgebend sein werden. Wer trotzdem sich eines Fürsprechers bedient, bewirkt nur eine Verschlechterung seiner Aussichten, indem er den Argwohn herausfordert, daß er einem Ziele, dessen Erreichung auf dem Wege von Recht und Gesetz ihm unmöglich wäre, auf Umwegen beizukommen suche. Indem Graf Szapary durch dieses sein energisches Einschreiten einem zweifellosen Unwesen kräftig entgegentritt, schordt er zugleich gewissen, auch im Auslande häufig im Schwange gehenden übertriebenen Vorstellungen von der den ungarischen Zuständen angeblich anhaftenden Protection und Corruption einen festen Riegel vor, so daß die Hoffnung berechtigt erscheint, daß solche dem moralischen Credit Ungarns abträgliche Perfidien hinfort zutreffenderen Anschauungen Platz machen werden.

* Das Verfahren gegen Schmid und Genossen ist, wie aus Petersburg gemeldet wird, eingestellt und die Angeklagten sind freigelassen worden, nachdem auch die zweite Untersuchung nicht ausdrückliche Beweise für den vollendeten Landesverrath erbracht hat. Der „Regierungs-Anzeiger" bringt einen Neudruck des unter Anderm auch Schmid's Verabschiedung enthaltenden Tagesbefehls im Marine-Ressort vom 7. April, mit der Abänderung der Schmid betreffenden Stelle in schlichten Abschied ohne Beförderung, Ruhegehalt und Uniform. Der Kaiser, der auf den ersten Bericht in dieser Angelegenheit seinerzeit die Randbemerkung gemacht hatte, daß solche Leute gehängt oder erschossen werden müßten, äußerte seinen lebhaften Unwillen darüber, daß die ganze Angelegenheit vom Minister des Innern, Plehwe, unnütz aufgebauscht worden sei, um ein Gegengewicht für die von deutscher Seite eingeleitete Untersuchung gegen den Privatsecretair des russischen Marinebevollmächtigten in Berlin zu haben. — Die „Nowosti" äußern in ihrem heutigen Leitartikel ihren lebhaften Unwillen darüber, daß die „Moskauer Zeitung" und andere russische Blätter planmäßig zwischen Rußland und Deutschland Zwietracht säen, die Aufrichtigkeit der wohlgemeinten Absichten Deutschlands bezweifeln und die von deutscher Seite gebotene Hand der Versöhnung zurückstoßen, was unter den obwaltenden Verhältnissen nur zu Zweifeln über die wirkliche Friedensliebe Rußlands führen könne.

* Ueber die mehrgenannte Schriftstellerin Maria Zebrikowa gehen der „Vossischen Zeitung" aus Petersburg nachstehende Mittheilungen zu: Nach einigen Aussagen soll sie sich in der Festung (wahrscheinlich ist die Peter-Pauls-Festung gemeint), nach anderen in Untersuchungshaft befinden. Wie schon bekannt, kehrte sie, nachdem sie im vorigen Sommer im Auslande weilend, ihren Brief an den Zaren im „Pester Lloyd" veröffentlicht und zahlreiche Abzüge desselben an ihre Bekannten versandt hatte, nach Petersburg zurück, wo sie, wie nicht anders zu erwarten war, sofort verhaftet wurde. Jetzt soll sie demnächst nach dem Gouvernement Olonetz verbannt werden, unter dem strengsten Verbot, sonkan für den Druck literarisch thätig zu sein. Nach einigen, wenig glaubwürdigen Aussagen soll sie sich der Vollstreckung dieses Urtheils durch die Flucht ins Ausland entzogen haben. In der Gesellschaft findet ihr Brief eine getheilte